

**Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Dülmen, Wilhelm Wessels,
anlässlich der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2011**

Wilhelm Wessels
Vorsitzender

Sebastian-Bach-Straße 68
48249 Dülmen

T: 02594 82628

willi.wessels@cdu-duelmen.de

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Stremlau,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

19. Mai 2011

„Wir sind Dülmen“, so lautet das Leitwort der Feierlichkeiten zu unserem 700-jährigen Stadtjubiläum. Ich finde hier wird sehr schön das Besondere an unserer Heimatstadt deutlich: Wir fühlen uns alle sehr verbunden mit unserer Stadt. Alle Bürgerinnen und Bürger und ganz besonders wir hier in der Stadtverordnetenversammlung sind verantwortlich für die Entwicklung unserer Stadt.

Die Haushaltskrise unserer Stadt war noch nie so groß wie in diesem Jahr. Der Haushalts 2011 wurde der Stadtverordnetenversammlung von der Bürgermeisterin am 16. Dezember 2010 mit einem nie da gewesenen Defizit von 9,2 Mio. Euro eingebracht. Einige Tage später, am 23.12.2010, kam die Hiobsbotschaft aus Düsseldorf: Kürzung der Schlüsselzuweisungen um 3,3 Mio. Euro. Damit hatten wir plötzlich ein Defizit von mehr als 12 Mio. Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
bei der Reduzierung der Schlüsselzuweisungen von 7,3 auf 4 Mio Euro, d. h. um 45,8 %, handelt es sich um einen so gravierenden Einschnitt, dass trotz aller Sparbemühungen ein Ausgleich vor Ort auch kurzfristig und vermutlich auch mittelfristig nicht erreicht werden kann.

Verfassungsgerichtliche Zwänge oder laufende Klageverfahren für einen überstürzten kurzfristigen und nicht vorhersehbaren einseitigen Anpassungszwang für das GFG 2011 abzuleiten, ist nicht redlich und fair und widerspricht der einvernehmlichen Abstimmung zwischen den Landtagsfraktionen, eine generelle Überholung der GFG-Grunddaten erst für das Jahr 2012 vorzunehmen.

Fraktionsbüro

– Sprechzeiten nach Absprache –

Rathaus · Raum 96
Markt 1 – 3
48249 Dülmen

T: 02594 12-808

fraktion@cdu-duelmen.de
www.cdu-duelmen.de

Eine unterschiedliche Bewertung des Soziallastenansatzes im GFG, in dem der Anreiz zum Abbau von Bedarfsgemeinschaften durch eine Belohnungszuweisung verhindert wird, in dem Schüleransätze zu Ungunsten des ländlichen Raums vermindert werden und in dem die besonderen infrastrukturellen

Nachteile des ländlichen Raums in keiner Weise (z. B. über einen Flächenan-
satz) Berücksichtigung finden, sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Eine Bestrafung unserer Städte und Gemeinden, meine Damen und Herren,
für wirtschaftliches und sparsames Handeln in der Vergangenheit, wird vor
allem aber dadurch ausgelöst, dass wir gezwungen sind in diesem Jahr, die
Grund- und Gewerbesteuer anzuheben, um nicht weitere Nachteile in der Zu-
kunft zu erleiden.

Es wird sicherlich für Herrn Stinka nicht einfach sein, seine gestrige Zustim-
mung zum GFG-Entwurf für 2011, aber auch dem für 2012, zu begründen. Ich
bin gespannt wie er als Landtagsabgeordneter aus dem Münsterland, als ehe-
maliger Landratskandidat und heutiger Fraktionsvorsitzender der SPD-
Kreistagsfraktion die Vertretung der Interessen der kreisangehörigen Städte
und Gemeinden unseres Kreises darstellen will.

Meine Damen und Herren,
wir haben als Gebietskörperschaft die Umverteilung bei den Schlüsselzuwei-
sungen hinzunehmen und wir müssen uns darauf einrichten, dass die Situa-
tion in den nächsten Jahren noch schlechter wird. Trotzdem sind wir ver-
pflichtet, uns politisch gegen diese Entwicklung zu stemmen. Diese Art der
Umverteilung ist nicht hinnehmbar, das sieht nicht nur meine Fraktion so.
Die Klage der Münsterlandgemeinden gegen diese Politik ist die richtige Ant-
wort. Jedenfalls betrachten alle Bürgermeister – gleich welcher Couleur – in
unserem Kreis die beabsichtigten Änderungen im GFG in nie dagewesener
Einmütigkeit dahingehend, dass sie gemeinsam eine Klage vor dem Verfas-
sungsgerichtshof in Münster anstreben.

Die öffentlich vertretene Haltung unserer Bürgermeisterin, dass sich die Stadt
Dülmen der Klage anschließt ist zu begrüßen und verdient unsere volle Unter-
stützung.

Deshalb fordere ich alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung auf,
dem Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen zuzustimmen, sich an einer Klage
der Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld gegen das Gemeindefinanzie-
rungsgesetz – GFG – 2011 zu beteiligen.

Unabhängig vom juristischen Verfahren wird die Klage politische Wirkung
haben.

Erforderlich ist eine baldige Reform des gemeindlichen Finanzausgleichs. Es braucht eine spürbare Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Die Kommunalfinanzen müssen für eine nachhaltige Stadtentwicklung planbar und verlässlich sein. Leistung muss sich lohnen, das gilt auch für Kommunen. Hart erarbeitete Erfolge, sowie die Lasten, die unsere Bürger dafür getragen haben, dürfen nicht dazu führen, dass Misswirtschaft anderenorts vorrangig finanziell unterstützt wird.

In schwierigen finanziellen Zeiten bedarf es vorrangig der Sicherung bestehender Strukturen.

Meine Damen und Herren,
wir haben uns vor einigen Jahren dafür entschieden, die Unterstützung junger Familien mit dem bedarfsgerechten Ausbau der U3-Plätze vorrangig zu fördern. Dass wir heute mit einer Versorgungsquote von mittlerweile über 26 Prozent landesweit vorne liegen, ist ein Beispiel verlässlicher und bürgerorientierter Politik, die selbstverständlich auch entsprechendes Geld kostet. Wir werden diesen Weg fortsetzen. Dass das Land nun das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellt, mag man ja in finanziell guten Zeiten nachvollziehen. Wir dürfen gespannt sein, ob die ausfallenden Beiträge vom Land in voller Höhe erstattet werden.

Mit einem Defizit von 12 Mio. Euro wollte und konnte sich die CDU-Fraktion nicht einverstanden erklären. Deshalb war die Zielrichtung der von uns und der FDP veranlassten Sondersitzung des Rates am 10. Februar klar. Bei dieser Ausgangslage, also Kürzung der Schlüsselzuweisungen und Erwartung weiterer Belastungen, konnte die Devise nur sein, Ausgaben vermindern, Investitionen streichen oder verschieben, sowie die Einnahmeseite der Stadt verbessern. Für uns war nicht erkennbar, wie die Bürgermeisterin mit konkreten Maßnahmen dem nun dramatisch angestiegenen Defizit von 12 Mio. Euro begegnen wollte.

Er ging uns also darum, folgendes deutlich zu machen: nicht nur die Steuern und Gebühren erhöhen, sondern auch Aufwendungen reduzieren!

Natürlich führt dies dazu, dass die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger steigen und die Leistungen der Kommune reduziert werden.

Die Bürgerforen zum Haushalt 2011 hatten zwar hohen Informationswert für die Teilnehmer. Den beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwal-

tungsmitarbeitern sei an dieser Stelle ausdrücklich für die anschauliche und übersichtliche Darstellung des städtischen Haushalts gedankt. Die Vorschläge, die sich ergeben haben sind lobenswert, aber wenn wir ehrlich sind, erwartungsgemäß nicht geeignet den Haushalt in größerem Umfang zu konsolidieren.

Was heißt dies nun konkret für den Haushaltsentwurf 2011 für die Stadt Dülmen: Mit der Vereinbarung, im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung fraktionsübergreifend nach Wegen zu suchen, die uns nachhaltig, d. h. in den kommenden Jahren in eine gesicherte Haushaltsführung bringen sollen, sind wir auf dem richtigen Weg. Nur so bekommen wir unsere eigene Gestaltungsfreiheit zurück und kommen aus der Haushaltssicherung heraus. Die Alternative, alles einfach laufen zu lassen, führt zu dem, was wir in vielen Kommunen 50 km weiter südlich seit Jahren sehen. Schulen und öffentliche Einrichtungen befinden sich nicht selten in – für unsere Verhältnisse – unzumutbaren Zuständen. Verwaltungen sind ebenfalls nicht selten mächtig aufgebläht. Darüber täuschen auch große Kultureinrichtungen, die auch heute noch mit Millionenaufwand auf Pump erstellt werden, nicht hinweg.

Der Konsolidierungsbedarf ist wie gesagt groß. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, unsere eigenen Anstrengungen weiter zu verstärken – zumal die Ausgleichsrücklage wohl in diesem Jahr voll verbraucht sein wird. Zugleich sind wir gezwungen durch Steuer- und Gebührenerhöhungen die Einnahmeseite zu verbessern.

Mit maßgeblicher Beteiligung der Dülmener Kreistagsabgeordneten ist eine Reduzierung der Kreisumlage um 1,6 Mio. Euro gegenüber den ursprünglichen Planungen gelungen.

Neben den für das Jahr 2011 wirksamen Aufwandsreduzierungen sind eine große Zahl von Prüfaufträgen an die Verwaltung erteilt worden, die die nachhaltige Wirksamkeit unserer Konsolidierungsbemühungen absichern sollen. Mit der heutigen Beschlussfassung über den Haushalt 2011 sind die Anstrengungen also nicht abgeschlossen. An der einen oder anderen Stelle hätten wir uns noch konsequenteres Vorgehen gewünscht. In den folgenden Monaten werden wir uns mit den Ergebnissen der erteilten Aufträge befassen. Die Bürgermeisterin wird dazu sicher die entsprechenden Vorschläge unterbreiten. Dann werden wir sehen, wie wirkungsvoll unsere Beratungen im Arbeitskreis waren. Hoffentlich bleiben alle bei der Stange!

Beispielhaft nenne ich hier an dieser Stelle die wichtigsten Ergebnisse, die in weiten Teilen von den Beteiligten mitgetragen worden sind:

- Untersuchung von Prozessen und Abläufen in der Verwaltung (Prozessmanagement), mit dem Ziel, dauerhaft Aufwände zu reduzieren,
- Beschaffung von unterstützender Software zur Optimierung des Gebäudemanagements.

Für diese beiden Projekte sind zunächst Mittel bereitzustellen, um nachhaltig Aufwendungen zu reduzieren.

- Streichung des Sportfördergutscheins
- Aussetzen des Projektes der Stadtwache
- Verstärkung interkommunaler Zusammenarbeit
- Fortsetzung der Stellenplanbewirtschaftung nach Sparsamkeitsgrundsätzen
- weitere energetische Optimierung der städtischen Gebäude
- Trennung von nicht zwingend notwendigen Liegenschaften und Gebäuden
- Optimierung der Schülerbeförderung
- Erhöhung der Nutzungsgebühren für die Stadtbücherei
- Entwicklung der Musikschule zur Projektmusikschule
- Erhöhung der Parkgebühren
- zusätzliche Bewirtschaftung von Parkflächen
- Reduzierung der Unterhaltung von Straßen und Wirtschaftswegen, die nach unserer Auffassung allerdings nur für 2011 verantwortlich ist,
- Vergabe von (Wall-) Heckenschnitt an Dritte über den Betriebshilfsdienst und damit verbundene Aufwandsreduzierung beim Baubetriebshof
- Einführung eines Geschwisterbeitrages in Kitas ab dem Kindergartenjahr 2012
- Erhöhung der Hundesteuer

Uns ist sehr bewusst, dass mit diesen Maßnahmen die eben schon genannten Belastungen und Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verbunden sind. Wollen wir leistungsfähig bleiben ist dies der richtige Weg!

Aber nur zusammen mit diesen Maßnahmen, die nachhaltige Wirkung entfalten müssen, sind die Steuererhöhungen, die Hauseigentümer und Mieter, sowie die Unternehmen gleichermaßen belasten, aus unserer Sicht zu rechtfertigen und können von uns mitgetragen werden:

Grundsteuer A von 214 auf 234 %,
Grundsteuer B von 400 auf 495 %
Gewerbesteuer von 420 auf 435 %

Damit liegen wir auf dem Niveau der Nachbarkommunen und weit unter dem der Ruhrgebietsstädte! Aus welchen Gründen die SPD-Fraktion nun eine noch höhere Gewerbesteuer möchte ist für uns nicht nachvollziehbar.

Eine Festlegung auf diese Steuersätze für die nächsten Jahre ist wohl mehr als gewagt. Das sollte die SPD-Fraktion mit Blick auf die Politik der rot-grünen Landesregierung eigentlich wissen.

Nach dem jetzigen Stand und den Vorlagen unseres Kämmerers wird unser Defizit nun noch bei 6,5 Mio. Euro liegen. Ich gehe zum Jahresabschluss persönlich von einem deutlich besseren Ergebnis aus.

Meine Damen und Herren,
eines ist klar: Ohne die Beratungen im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung im Anschluss an die Sonderratssitzung hätten wir ein anderes Ergebnis.

Bei all den unangenehmen Botschaften wird die CDU-Fraktion für die Leistungen unserer Stadt eintreten, die unvermindert und auf hohem Niveau weitergeführt werden: Beispielhaft:

- die Schul- und Bildungsangebote mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung und Sicherung der Ortsteilgrundschulen – der jüngste Schulentwicklungsplan bestätigt unsere Planungen deutlich. Besonders erfreulich für uns ist, dass die beiden Hauptschulen nach wie vor stabile Anmeldungen vorweisen können und damit ihre Qualität deutlich unterstrichen wird!
- die Betreuung in den Kindertagesstätten, Stichwort U3
- die Förderung der Sportvereine
- die hervorragend ausgebaute soziale Infrastruktur
- die Unterstützung der Jugendarbeit in der Spinnerei und in den Verbänden
- die Förderung der freien Träger im Netz der Beratungs- und Hilfsangebote.

Meine Damen und Herren,
wir stehen vor weiteren bedeutenden Herausforderungen: Die anstehenden Entscheidungen zur Innenstadtentwicklung sind für die CDU-Fraktion ganz wichtige Weichenstellungen für die Entwicklung Dülmens. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg zur Optimierung des Einzelhandels konsequent

weitergehen. Dabei hat die Entwicklung einer mehrteiligen Konzeption, wie im letzten Werkstattgespräch in großem Einvernehmen abgestimmt, aus unserer Sicht die größten Umsetzungschancen. Konkret: Einbeziehung des KiK-Gebäudes an der Münsterstraße, Gastronomie im Rathaus, Einzelhandel hinter dem Rathaus und auch eine behutsame und wirkungsvolle Einbeziehung des Overbergplatzes. Die Kaufmannschaft fordere ich auf, sich an diesem Prozess weiter konstruktiv zu beteiligen. Die CDU-Fraktion ist froh, dass die Kirchengemeinde St. Viktor mit eigenen Überlegungen diesen Weg der Innenstadtentwicklung mitgeht. Jetzt heißt es die Chancen zu nutzen und verlorene Kaufkraft wieder zurückzugewinnen. Wir werden mit dem jetzt laufenden Prozess ein Gesamtkonzept für die Innenstadt entwickeln.

Die Bürgerbeteiligung im Sinne einer Bürgerbefragung ist für uns eine sehr gut denkbare Option. Dazu ist es erforderlich ein realisierbares Konzept zur Entscheidung vorzulegen. Die Betonung liegt auf realisierbar!

Der Wirtschaftsstandort Dülmen muss zur Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen weiter gestärkt werden. Die Ausweisung von Gewerbestandorten und die Schaffung entsprechender Infrastruktur stehen bei uns ganz oben auf der Tagesordnung. Es gilt, mit diesen Maßnahmen die Grundlagen für die Absicherung unseres anspruchsvollen sozialen Netzes, der vielfältigen Angebote in Bildung, Kultur und Freizeit in unserer Stadt Dülmen zu erhalten und immer wieder den Bedarfen anzupassen.

Meine Damen und Herren,
die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2011 zuzustimmen, dem Haushalt, der mit 9,2 Mio. Euro Defizit eingebracht, zwischenzeitlich mit einem Minus von mehr als 12 Mio. Euro abschloss und nun noch einer Unterdeckung von 6,5 Mio. Euro ausweist.

Bedanken möchte ich mich für die Beratungen in den Gremien und Ausschüssen, die merklich geprägt waren von dem Bemühen, die Zukunftsaufgaben für unsere Stadt gemeinsam zu meistern und zu bewältigen, zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger.

Mein ausdrücklicher Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, für die gewohnt fachkundige Begleitung. Den spürbaren, besonderen Einsatz im Jubiläumsjahr 2011 möchte ich darüber hinaus an dieser Stelle besonders würdigen.

Im diesem Jubiläumsjahr 2011 können wir stolz auf das Geleistete zurückblicken und gleichzeitig, trotz aller Haushaltsprobleme, optimistisch in die Zukunft blicken: Der Mensch steht im Mittelpunkt!

Wir sind Dülmen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.